

«Muss betrieblich gerechtfertigt sein»

Kantonsrat debattierte über Anschlusslösungen wie Berufspraktika für Lehrabgänger

Die Weiterbeschäftigung von Lehrabgängern beim Kanton, so Finanzdirektor Christian Wanner gestern vor dem Kantonsrat, sei möglich – unter Voraussetzung, dass dies vom Betrieb her gerechtfertigt sei. Die beiden Interpellantinnen, die sich nach Anschlusslösungen für Lehrabgänger und Berufspraktika erkundigt hatten, zeigten sich von den regierungsrätlichen Antworten nicht, respektive nur teilweise befriedigt.

UELI WILD UND CHRISTIAN VON ARX

Das Problem der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenrate bei den 20- bis 24-Jährigen könnten die Unternehmen und die Verwaltungen entschärfen, liest man in der Interpellation von Clivia Wullimann (SP, Grenchen), die den Kanton Solothurn in der Verantwortung sieht. Dieser könne die Unternehmen mit geeigneten Massnahmen auf die Möglichkeit der Berufspraktika hinweisen. Diese sind, wie die Regierung in ihrer Stellungnahme festhält, ein Instrument der Arbeitslosenversicherung zur Integration erwerbsloser Ausbildungsabgänger. Die 2002/2003 vom Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) im Verein mit Handelskammer und Gewerbeverband geschaffenen Praktikumsplätze, rund 50 an der Zahl, konnten damals aber nicht besetzt werden. Und auch in den Monaten Februar bis April 2009 sind beim AWA, wie die Regierung schreibt, nur gerade drei solche Gesuche eingegangen.

Wenn Rahmenbedingungen gegeben sind

Die kantonale Verwaltung sei in der Praktikumsfrage offen, macht der Regierungsrat klar. Wenn das Bedürfnis nach Plätzen steige, würden in den verschiedenen Organisationseinheiten entsprechende Angebote geschaffen, sofern die Rahmenbedingungen dafür gegeben seien. Die Solothurner Spitäler AG (soH) etwa nahm sich vor, allen internen Lehrabgängern ohne Stelle eine befristete Weiterbeschäftigung im Rahmen eines Berufspraktikums zu ermöglichen. Da im Pflegebereich der Arbeitsmarkt ausgetrocknet ist, werden Vakanzen bei der soH zudem vorzugsweise mit eigenen Lehrabgängern besetzt.

Die Fraktionssprecher von SVP und FDP machten deutlich, dass ihre Fraktio-

nen insbesondere einem Obligatorium, Praktikumsplätze anzubieten, ablehnend gegenüber stünden. «Wenn ich als Unternehmer dazu gezwungen werde», so Heinz Müller (SVP, Grenchen), «überlege ich mir das vier Jahre vorher.» Dann nämlich, wenn sich die Frage stellt, ob ein Lehrling aufgenommen wird oder nicht. Darum, ergänzte Markus Grütter (FDP, Biberist), wäre ein Obligatorium kontraproduktiv. «Es würde das Lehrstellenangebot hemmen.» Einen Handlungsbedarf konnte der freisinnige Sprecher indessen nicht erkennen.

«Wir erwarten, dass jetzt Massnahmen ergriffen werden», gab demgegenüber SP-Sprecher Philipp Hadorn (Gerlafingen) zu Protokoll. Und warnte davor, Praktikumsabsolventen als billige Hilfskräfte zu missbrauchen.

Wullimann unbefriedigt

Bis jetzt, führte Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler aus, hätten rund 30 Personen im Kanton Solothurn solche Praktika besucht; zehn davon hätten heute eine Stelle, fünf würden im Rahmen eines weiteren Praktikums beschäftigt. «Wir sind bereit zum Vollzug», versprach die Regierungsrätin. «Zusammen mit der tripartiten Kommission werden wir schauen, was wir noch verbessern können.» Trotzdem zeigte sich Clivia Wullimann von der Antwort der Regierung nicht befriedigt. «Wir haben nichts von obligatorischen Praktikumsplätzen gesagt», stellt die Interpellantin fest. Bis August 2009 sei in dieser Sache praktisch gar nichts unternommen worden. Und Heinz Müllers Haltung dazu sei schlicht zynisch.

Kanton Solothurn als Vorbild?

Ob der Regierungsrat die Auffassung teile, dass der Kanton im Bereich Beschäftigungsaussichten und Anschlussmöglichkeiten für Lehrabgänger eine Vorbildfunktion wahrzunehmen habe, wollte Franziska Roth (SP, Solothurn) wissen. In der Antwort auf ihre Interpellation schrieb der Regierungsrat, in der kantonalen Verwaltung seien letztes Jahr rund 60 Prozent der Lehrabgänger weiterbeschäftigt worden. Ende Juli 2009 lag der diesjährige Wert bei 43 Prozent. Zusätzlich Aufgabenbereiche, um Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern Anschlusslösungen anzubieten, würden keine geschaffen. Hingegen befürworte die Regierung die befristete Weiterbeschäftigung



LEHRABSCHLUSSFEIER – UND DANN? Im Bild die Lernenden der Solothurner Spitäler AG, die 2009 ihre Lehre erfolgreich abgeschlossen haben. zvg

in jenen Fällen, in denen aus betrieblicher Sicht sinnvolle Einsatzmöglichkeiten angeboten werden könnten.

SP-Fraktionschef Markus Schneider (Solothurn) anerkannte, dass sich der Kanton stark im Lehrlingsbereich engagiere. Dennoch sei die Antwort der Regierung «ein wenig zu zurückhaltend» ausgefallen. «Wir erwarten vom Regierungsrat bei den Praktika ein Mehrangebot im Eigenbereich.» Es müssten rasche und unbürokratische Lösungen angeboten werden und die Arbeitsstellen sensibilisiert werden. Demgegenüber konnte die Sprecherin der FDP-Fraktion, Verena Meyer (Mühledorf), keinen Änderungsbedarf feststellen.

Roth teilweise befriedigt

Der Kanton habe grosse Anstrengungen unternommen, erklärte Finanzdirektor Christian Wanner. «Ungefähr die Hälfte der Lehrabgänger beschäftigen wir

kurz- oder mittelfristig weiter. Aber es muss vom Betrieb her gerechtfertigt sein.» Und der Spielraum werde durch die Besoldungsvorgaben mitbestimmt. Vor allem die Einschränkung «betrieblich sinnvoll» empfand die Interpellantin als störend und zeigte sich von der Antwort nur teilweise befriedigt. In Sachen Lehrabgänger-Anschlusslösungen, fand Franziska Roth, könne der Kanton das Niveau durchaus noch verbessern.

Nicht befriedigt erklärte sich schliesslich Clivia Wullimann von der Antwort der Regierung auf ihre Interpellation «Büroassistent». Grundsätzlich, hatte die Regierung festgestellt, könne dieser Lehrberuf für Jugendliche mit Lernschwächen auch in der kantonalen Verwaltung und in den kantonalen Betrieben angeboten werden. Unter Voraussetzung, dass im Betrieb geeignete Arbeitsinhalte und -prozesse vorhanden seien.

Neueingänge

Überparteilicher Auftrag «ERO-Vollendung»

In der gestern zu Ende gegangenen Session (der dritte Sitzungstag vom nächsten Mittwoch entfällt) wurden elf neue Vorstösse eingereicht: acht Aufträge, drei Interpellationen und eine Kleine Anfrage.

- Darunter ist ein überparteilicher Auftrag «**ERO-Vollendung und Erschliessung des Nieder- und Gösgeramtes zum Bahnhof Olten**». Damit soll der Regierungsrat beauftragt werden, «zur Entlastung der Kantonsstrasse (Dulliken–Starrkirch–Postplatz Olten) und der angrenzenden Wohnquartiere eine direkte Strassenverbindung vom Dulliker Kreisel (Industriequartier Hasli–Bahnhof Olten) zum ERO-Kreisel zu prüfen». Die Federführung liegt bei der SVP, aus der die Mehrheit der 16 Unterschriften stammt (Erstunterzeichner Rolf Sommer, Walter Gurtner, Hansjörg Stoll, Thomas Eberhard, Samuel Marti, Leonz Walker, Herbert Wüthrich, Hans Rudolf Lutz, Heinz Müller, Christian Werner, Colette Adam). Mit an Bord sind aber auch drei CVP-Vertreter (Theophil Frey, Claudio von Felten, Daniel Mackuth) und zwei Freisinnige (Ernst Zingg, Beat Loosli). Das Verkehrsproblem in Olten, so die Auftraggeber, müsse endlich umfassend gelöst werden. Mit der ERO-Eröffnung 2013 sei man nämlich nicht viel weiter als heute. Nein schlimmer: Wegen der unvollendeten ERO-Planung werde die Stadt Olten dannzumal «verkehrstechnisch kollabieren» und Nie-

deramt und Gösgeramt «in Richtung Westen abgeschnitten».

Die weiteren Neueingänge:

- Auftrag Fraktion FDP: Steuerliche Veranlagung von Sozialhilfeempfängern
- Auftrag Irene Froelicher (FDP, Lommiswil): Änderung Lastenausgleich Soziales unter den Einwohnergemeinden
- Auftrag überparteilich Dorneck-Thierstein: Für eine bürgerfreundliche Ausstellung von Ausweisen
- Auftrag Markus Knellwolf (glp, Obergerlafingen): Förderung von Berufspraktika- und Sozialeinsätzen im Ausland für arbeitslose Jugendliche
- Auftrag Fraktion SVP: Bonus für leichte und umweltfreundliche Motorfahrzeuge
- Auftrag überparteilich: Einführung eines Mammografie-Screening-Programms im Kanton Solothurn
- Auftrag Susan von Sury-Thomas (CVP, Solothurn): Massnahmen zur Verminderung des Lungenkrebsrisikos aufgrund von Radon in Wohnhäusern
- Interpellation Alexander Kohli (FDP, Grenchen): Jedes Schulhaus hat seinen Christbaum und seine Weihnachtsfeier
- Interpellation überparteilich: Kausalabgaben und Unternehmen
- Interpellation Fraktion FDP: Fluchten aus dem Straf- und Massnahmenvollzug im Kanton Solothurn
- Kleine Anfrage Markus Knellwolf (glp, Obergerlafingen): Praxis bei der Formulierung von Abstimmungstexten auf den Stimmzetteln.

Personalmangel im Gesundheitsbereich?

Leicht unterschiedliche Wahrnehmung des Problems durch die Interpellantin und die Kantonsregierung

Grössere Personalprobleme kann die Regierung zumindest bei der soH nicht erkennen. Von der Antwort auf ihre Interpellation «Drohender Personalmangel im Gesundheitsbereich» zeigte sich Trudy Küttel Zimmerli (SP, Olten) teilweise befriedigt.

Auch bei den Pflegeberufen, schrieb die Regierung in ihrer Stellungnahme zur Interpellation, seien die Betriebe selbst verantwortlich. Zudem seien Heime und Spitex Sache der Einwohnergemeinden. Demzufolge habe der Kanton hier auch keinen Ausbildungsauftrag. Zudem biete der Bereich Alters- und Pflegeheime mehr Ausbildungsplätze an, als erforderlich wären, und decke so das Manko des Spitexbereichs teilweise ab. Die Solothurner Spitäler AG (soH) so dann sehe sich – heute jedenfalls – mit keinen grossen Personalproblemen konfrontiert. Der Regierungsrat beurteilt die Situation bei den Pflegeberufen zwar als angespannt, nicht aber als besorgniserregend.

Als Sprecherin der SP-Fraktion dankte sich Trudy Küttel Zimmerli beim Regierungsrat für seine «grosse Arbeit». Allerdings habe dieser eine ein wenig optimistische Sicht des Ganzen, denn

der Bedarf an Fachpersonal werde massiv steigen. Der Stellenmarkt werde auch in den angrenzenden Ländern austrocknen. Aus ihrer Sicht, so die SP-Sprecherin, müsste der Kanton vor allem im Heim- und Spitexbereich Ausbildungsplätze fördern und finanziell entlasten.

Die Antworten zeigten, dass die Regierung die Situation erfasst habe, meinte Iris Schelbert (Grüne, Olten). Das Ganze sei aber nicht nur eine finanzielle Frage, sondern auch eine der Betreuung der Lernenden. Dazu komme das Problem der «Frauenlöhne». Peter Brügger (FDP, Langendorf) sprach von «latent vorhandenen» Problemen. Doch gebe es zum Glück keinen Notstand. Urs Schläfli (CVP, Deitingen) bezeichnete die Lage unter Verweis auf den hohen und in Zukunft weiter steigenden Bedarf an ausländischen Arbeitskräften im Pflegebereich als «bereits angespannt». Schläfli kritisierte, dass die Stellungnahme der Regierung keine konkreten Vorschläge zur Problemlösung enthalte.

Die Interpellantin selbst zeigte sich von der Antwort «nicht ganz befriedigt». «Ich hätte mir eine noch innovativere Haltung der Regierung gewünscht. Ich weiss aber», so Trudy Küttel Zimmerli, «dass diese das Problem ernst nimmt und handeln wird.»

Nachrichten

Abt in Fürsts Fusstapfen



Der seit Anfang Jahr amtierende 1. Vizepräsident des Kantonsrats, Roland Fürst (CVP, Gunzgen), ist wegen seiner Ständeratskandidatur per sofort von seinem Amt zurückgetreten (wir berichteten). Auf Vorschlag der Fraktion CVP/EVP/glp wählte der Kantonsrat nun gestern Hans Abt (CVP, Dornach) zum neuen 1. Vize für den Rest des Jahres 2009. Abt erhielt 66 von 93 eingegangenen Stimmen. 17 Stimmen entfielen auf Rolf Späti (CVP, Heinrichswil-Winistorf), der in der fraktionsinternen Ausmarchung unterlegen war. 10 Wahlzettel blieben leer. Damit wird der 66-jährige Vermessungsingenieur Hans Abt, der dem Kantonsrat seit 2005 angehört, im Dezember voraussichtlich zum Kantonsratspräsidenten für das Jahr 2010 gewählt.

Ja zur neuen Einheitsgemeinde Kienberg

Ohne Gegenstimmen, ja sogar ohne jede Wortmeldung genehmigt der Kantonsrat die Vereinigung der Einwohner- und der Bürgergemeinde Kienberg. Auch Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler lässt die günstige Gelegenheit verstreichen, den Kantonsparlamentariern diese funkelnde Perle des Kantons Solothurn auf der Nordseite der Saalhöhe näher bekannt zu machen. Einwohner und Bürger Kienbergs hatten diesen Sommer in Urnenabstimmungen der Fusion zur Einheitsgemeinde zugestimmt. Diese ist bereits seit dem 1. August an der Arbeit. Der Genehmigungsbeschluss des Kantonsrats, mit der entsprechenden Änderung des Gemeindeverzeichnisses, tritt rückwirkend auf diesen Zeitpunkt in Kraft.

Status quo beim Finanzausgleich 2010

Mit grossem Mehr genehmigte der Kantonsrat die Steuergrossen für den Finanzausgleich 2010. Sie bleiben unverändert. Ursprünglich hatte der Regierungsrat vom Kanton und von den Gemeinden je 0,5 Mio. Franken mehr Beiträge erheben wollen, als Finanzierung des Projekts für einen neuen Finanzausgleich und als Vorfinanzierung der Mehrkosten für die geplante zusätzliche Unterstützung der strukturell schwachen Gemeinden. Als die Finanzkommission sich querstellte, verzichtete die Regierung darauf. Die Grünen nahmen das Anliegen gestern wieder auf, doch wurde ihr Antrag mit grossem Mehr abgelehnt. Regierungsrätin Esther Gassler wehrte sich gegen den Vorwurf, dass die Änderungen am Finanzausgleich nicht vorankämen: Noch im November werde darüber informiert.